## **Deutscher Bundestag**

**16. Wahlperiode** 13. 06. 2007

## **Bericht**

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Antrag der Bundesregierung – Drucksache 16/5436 –

Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Unterstützung der Überwachungsmission AMIS der Afrikanischen Union (AU) in der Region Darfur/Sudan auf Grundlage der Resolutionen 1556 (2004) und 1564 (2004) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 30. Juli 2004 und 18. September 2004

Bericht der Abgeordneten Jürgen Koppelin, Herbert Frankenhauser, Lothar Mark, Michael Leutert und Alexander Bonde

Mit dem Antrag der Bundesregierung ist unter der Voraussetzung der Zustimmung durch den Deutschen Bundestag vorgesehen, den Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Unterstützung der Überwachungsmission AMIS der Afrikanischen Union (AU) in Darfur/Sudan bis zum 15. Dezember 2007 fortzusetzen.

Der Einsatz soll unter unveränderter Fortgeltung der Regelungen des Beschlusses der Bundesregierung vom 17. November 2004, dem der Deutsche Bundestag am 3. Dezember 2004 zugestimmt hat (Bundestagsdrucksache 15/4227 vom 17. November 2004), sowie der Verlängerungsbeschlüsse vom 4. Mai 2005, dem der Deutsche Bundestag mit Wirkung vom 12. Mai 2005 zugestimmt hat (Bundestagsdrucksache 15/5423 vom 4. Mai 2005), vom 29. November 2005, dem der Deutsche Bundestag am 16. Dezember 2005 zugestimmt hat (Bundestagsdrucksache 16/100 vom 29. November 2005), vom 17. Mai 2006, dem der Deutsche Bundestag mit Wirkung vom 25. Mai 2006 zugestimmt hat (Bundestagsdrucksache 16/1508 vom 17. Mai 2006) und vom 29. November 2006 (Bundestagsdrucksache

16/3652 vom 30. November 2006), dem der Deutsche Bundestag am 15. Dezember 2006 zugestimmt hat, fortgesetzt werden.

Die einsatzbedingten Zusatzausgaben für die Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Unterstützung der Überwachungsmission AMIS der Afrikanischen Union mit bis zu 200 Soldaten werden für den Zeitraum bis zum 15. Dezember 2007 rund 1,1 Mio. Euro betragen. Für diese Ausgaben ist im Einzelplan 14 im Bundeshaushalt 2007 Vorsorge getroffen.

Der Haushaltsausschuss hält den Antrag der Bundesregierung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. für mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht wurde unter dem Vorbehalt erteilt, dass der federführende Auswärtige Ausschuss keine Änderungen mit erheblichen finanziellen Auswirkungen empfiehlt.

Berlin, den 13. Juni 2007

## Der Haushaltsausschuss

Otto FrickeJürgen KoppelinHerbert FrankenhauserLothar MarkVorsitzenderBerichterstatterBerichterstatterBerichterstatter

Michael LeutertAlexander BondeBerichterstatterBerichterstatter